

# MERKUR

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

*Aleida Assmann*, Rückblick auf die Mbembe-Debatte

*Philipp Aucher*, Imagination und Klimawandel

*Tom Stevenson*, Erdgas für Europa

*Christian Grüny*, Erdrückende Tradition? Musik in der  
Gegenwart

*Gunnar Hindrichs*, Die enggeführte Krise

*Hannes Bajohr*, Hans Blumenberg: Gebrochene Kontinuität

*Jürgen Große*, Die leere Mitte: das Humboldt-Forum

*Jens Soentgen*, Interdisziplinarität im Anthropozän

*Dominik Riedo*, Die Ärzte-Männer-Gesellschaft

*Hanna Engelmeier*, Nackt besser aussehen



75. Jahrgang, Januar 2021

Klett-Cotta

860

# ***MERKUR***

Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken

Der Merkur ist eine Kulturzeitschrift, wobei der Begriff der Kultur in denkbar weitem Sinne zu verstehen ist. Er erscheint monatlich und wendet sich an ein anspruchsvolles und neugieriges Publikum, das an der bloßen Bestätigung der eigenen Ansichten nicht interessiert ist. Mit kenntnisreichen und pointierten Essays, Kommentaren und Rezensionen hält der Merkur gleichermaßen Distanz zum Feuilleton wie zu Fachzeitschriften. Die Unterzeile »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« formulierte bei der Gründung im Jahr 1947 das Bekenntnis zu einer weltanschaulich unabhängigen Form von Publizistik, die über kulturelle und nationale Grenzen hinweg alle intellektuell relevanten Debatten ihrer Zeit aufnehmen wollte. Auch wenn der Horizont für ein solches Unternehmen sich mittlerweile deutlich erweitert hat, trifft das noch immer den Kern des Selbstverständnisses der Zeitschrift.

Heft 860, Januar 2021, 75. Jahrgang

Herausgegeben von Christian Demand und Ekkehard Knörer

Gegründet 1947 von Hans Paeschke und Joachim Moras

Herausgeber 1979–1983 Hans Schwab-Felisch

1984–2011 Karl Heinz Bohrer

1991–2011 Kurt Scheel

Lektorat / Büro: Ina Andrae

Redaktionsanschrift: Mommsenstr. 27, 10629 Berlin

Telefon: (030) 32 70 94 14 Fax: (030) 32 70 94 15

Website: [www.merkur-zeitschrift.de](http://www.merkur-zeitschrift.de)

E-Mail: [redaktion@merkur-zeitschrift.de](mailto:redaktion@merkur-zeitschrift.de)

Der Merkur wird unterstützt von der Ernst H. Klett Stiftung Merkur.

Partner von Eurozine, [www.eurozine.com](http://www.eurozine.com)

Verlag und Copyright: © J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,  
Postfach 106 016, 70049 Stuttgart, Tel. (0711) 66 72-0, [www.klett-](http://www.klett-)

[cotta.de](http://cotta.de) · Geschäftsführer: Dr. Andreas Falkinger, Philipp Haußmann, Tom Kraushaar. ·

Leiter Zeitschriften: Thomas Kleffner, [th.kleffner@klett-cotta.de](mailto:th.kleffner@klett-cotta.de) · Media-Daten: [www.merkur-zeitschrift.de/](http://www.merkur-zeitschrift.de/)

[media](http://media) · Manuskripte: Für unverlangt und ohne Rückporto eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. · Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. November 2020 · Gestaltung: Erik Stein · Satz und E-Book-Umsetzung: Dörlemann-Satz GmbH & Co. KG, Lemförde

Bezugsbedingungen: Der Merkur erscheint monatlich. Preis 14 €; im Abonnement jährlich 140 € / 162 sFr; für Studenten gegen Vorlage einer Bescheinigung 96 € / 114 sFr; alle Preise jeweils zzgl. Versandkosten. · Die elektronische Version dieser Zeitschrift mit der Möglichkeit zum Download von Artikeln und Heften finden Sie unter [www.volltext.merkur-zeitschrift.de](http://www.volltext.merkur-zeitschrift.de). Der Preis für das elektronische Abonnement (E-Only) beträgt 140 € / 162 sFr; für Studenten und Postdocs gegen Vorlage einer Bescheinigung 48 €; für Privatkunden, die gleichzeitig die gedruckte Version im Abonnement beziehen, 20 € / 28 sFr. Im jeweiligen Preis der elektronischen Abonnements ist der Zugriff auf sämtliche älteren digitalisierten Jahrgänge enthalten. Preise für Bibliotheken und Institutionen auf Anfrage. Alle genannten Preise enthalten die zum Zeitpunkt des Kaufs gültige Mehrwertsteuer. In Drittländern jenseits der Schweiz (und außerhalb der EU) gelten die angegebenen Preise netto. · Die Kündigung des Abonnements muss spätestens vier Wochen vor Ende des Bezugszeitraums in schriftlicher Form erfolgen. Ansonsten verlängert es sich automatisch um ein Jahr. Die Mindestbezugsdauer beträgt ein Jahr.

*Abonnementverwaltung* (falls vorhanden, bitte Ihre Kundennummer angeben):  
Leserservice Verlag Klett-Cotta, Postfach 13 63, 82034 Deisenhofen, Telefon (0 89) 8 58 53-868, Fax (0 89) 8 58 53-6 28 68.

E-Mail: [klett-cotta@intime-media-services.de](mailto:klett-cotta@intime-media-services.de)

ISSN Print 0026-0096 / ISSN Online 2510-4179 [www.merkur-zeitschrift.de](http://www.merkur-zeitschrift.de)

ISBN 978-3-608-11184-2

# Inhalt

Autorinnen und Autoren

Zu diesem Heft

## **BEITRÄGE**

*Aleida Assmann*

Polarisieren oder solidarisieren?

Ein Rückblick auf die Mbembe-Debatte

*Philipp Aucher*

Imagination und Klimawandel

*Tom Stevenson*

Erdgas für Europa

*Christian Grüny*

Erdrückende Tradition?

Musik in der Gegenwart

## **KRITIK**

*Gunnar Hindrichs*

Philosophiekolumne.

Die enggeführte Krise

*Hannes Bajohr*

Gebrochene Kontinuität.

Neues über Hans Blumenbergs Werk

## **MARGINALIEN**

*Jürgen Große*

Die leere Mitte

*Jens Soentgen*

Umweltforschung im Anthropozän.

Warum Interdisziplinarität unerlässlich ist

*Dominik Riedo*

Anklage gegen die Ärzte-Männer-Gesellschaft

*Hanna Engelmeier*

Nackt besser aussehen

## **Vorschau**

*Aleida Assmann*, geb. 1947, Professorin i.R. für englische Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. 2020 erschien *Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*.

*Philipp Auchter*, geb. 1986, Doktorand am Deutschen Seminar der Universität Zürich.

*Tom Stevenson*, Journalist. – Der Beitrag erschien am 10. September 2020 in der *London Review of Books* unter dem Titel *The US had other ideas: The Pipeline Project*. [tomfstevenson@gmail.com](mailto:tomfstevenson@gmail.com)

*Christian Grüny*, geb. 1969, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik in Frankfurt am Main. 2014 erschien *Kunst des Übergangs. Philosophische Konstellationen zur Musik*, 2018 der Herausgeberband *Musik und Geste. Theorie, Ansätze, Perspektiven* (zus. m. Katrin Eggers). [www.grueny.info](http://www.grueny.info)

*Gunnar Hindrichs*, geb. 1971, Professor für Philosophie an der Universität Basel. 2017 erschien *Philosophie der Revolution*; 2020 *Zur kritischen Theorie*.

*Hannes Bajohr*, geb. 1984, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Medienwissenschaft der Universität Basel. 2020 erschien *History, Metaphors, Fables. A Hans Blumenberg Reader* (Hrsg. zus. m. Florian Fuchs u. Joe Paul Kroll). [hannes.bajohr@unibas.ch](mailto:hannes.bajohr@unibas.ch)

*Jürgen Große*, geb. 1963, Historiker und Schriftsteller, lebt in Berlin. 2020 erschienen *Die Sprache der Einheit. Ein Fremdwörterbuch* sowie *Der sterbende Gott. Agnostische Anmerkungen*.

*Jens Soentgen*, geb. 1967, Philosoph und Chemiker. Leiter des Wissenschaftszentrums Umwelt der Universität Augsburg. [soentgen@wzu.uni-augsburg.de](mailto:soentgen@wzu.uni-augsburg.de)

*Dominik Riedo*, geb. 1974, Schriftsteller. 2020 erschien *Anja und andere*. [www.dominikriedo.ch](http://www.dominikriedo.ch)

*Hanna Engelmeier*, geb. 1983, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am  
Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. 2016 erschien *Der Mensch, der  
Affe. Anthropologie und Darwin-Rezeption in Deutschland 1850–1900*.  
[hanna.engelmeier@kwi-nrw.de](mailto:hanna.engelmeier@kwi-nrw.de)

## Zu diesem Heft

*Die Signatur der Gegenwart ist die Krise.* Diese Feststellung allein wäre kaum eine Mitteilung wert. Seit mehr als einhundertfünfzig Jahren dient »Krise« als Schlüsselbegriff für kritische Gegenwartsdiagnosen jeglicher politischen und weltanschaulichen Couleur. Im digitalen Volltextarchiv des *Merkur*, der mit diesem Heft immerhin den 75. Jahrgang seines Erscheinens eröffnet, taucht er in jedem einzelnen Jahr dutzendfach auf – insgesamt in sage und schreibe 1984 Texten.

Wie Gunnar Hindrichs in seiner Philosophiekolumne argumentiert, stellt das, was wir heute als krisenhaft wahrnehmen, aber »nicht einfach die Fortsetzung der alten Krisen der bürgerlichen Welt« dar. Die Krise unserer Gegenwart könnte vielmehr grundsätzlicherer Natur sein. Ihre besondere Virulenz verdankt sich einer lähmenden Überlagerung multipler Einzelkrisen, die allesamt aufs Engste mit dem globalen Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach 1989 zusammenhängen: »Es gibt nun keine wirkliche Vorstellung mehr davon, worin die ... Krise aufgehoben werden könnte – außer in einer neuen Variante derselben Lebensweise, die eben die Krise erzeugt hat.«

Philipp Aucters Essay über die Grenzen unserer Vorstellungskraft in Bezug auf die Folgen des Klimawandels lässt sich durchaus als Bestätigung dieses Befunds verstehen. Denn auch die Klimakrise zeichnet sich wesentlich dadurch aus, dass, bei aller kritischen Einsicht im Einzelnen, der Ausblick auf das Ganze merkwürdig verstellt bleibt: »Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind deutlich. Sie belegen, dass ... sofortige drastische Maßnahmen notwendig sind, um eine globale Katastrophe abzuwenden. Wir wissen auch, was getan werden könnte. Dennoch sind entsprechende Maßnahmen in der internationalen Politik

bisher weitgehend ausgeblieben – und das seit Jahrzehnten ... Weshalb handeln wir nicht?«

*CD/EK*

# Beiträge

*Aleida Assmann*

## **Polarisieren oder solidarisieren?**

*Ein Rückblick auf die Mbembe-Debatte*

**D**eutschland hat gegenwärtig ein dramatisches Antisemitismus-Problem. Die Identität der Deutschen ist von der Judenvernichtung, die von Nazideutschland ausgegangen ist, nicht abzulösen. Die historische Verantwortung für dieses Menschheitsverbrechen ist mit einer besonderen Verantwortung für den Staat Israel verbunden. Sie ist Teil der deutschen Staatsräson und zeigt sich in enger Kooperation mit den Menschen in diesem Staat und seinen Institutionen. Dass Juden und Jüdinnen der dritten und vierten Generation nach dem Holocaust wieder in Deutschland leben und hier eine Grundlage für ihre Existenz gefunden haben, grenzt an ein Wunder. Umso erschütternder ist es, dass dieses jüdische Leben in Deutschland inzwischen schon wieder in einer dramatischen Weise gefährdet ist. Das Tragen von Kippas macht Menschen zur Zielscheibe von verbalen und tätlichen Angriffen, jüdische Gemeindeeinrichtungen bedürfen besonderer Sicherheitsmaßnahmen, und schließlich hat der Anschlag in Halle an Jom Kippur 2019, der nur durch eine verschlossene Tür vereitelt wurde, mit einem Schlag alles infrage gestellt, was in diesem Land inzwischen gewachsen und erreicht worden ist. Wir können uns nicht ausruhen, die Verbreitung des Gifts des Antisemitismus in rechten Gruppierungen und im Internet nimmt weiter zu und erfordert ein entschlossenes Handeln der Ordnungskräfte, klare

Positionen der Politiker, aber auch die Wachsamkeit der gesamten Zivilgesellschaft.

Die Loyalität für Israel und der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland gegen rechtsextreme Angriffe darf aber nicht auf Kosten der Solidarität mit Palästinensern, Israelis und jüdischen Stimmen in der Welt gehen, die sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts und eine gemeinsame Zukunft für beide Nationen einsetzen. Auch das sollte Teil der deutschen Staatsräson sein, denn das palästinensische Trauma der Vertreibung (*Nakba*) und die daraus resultierende Notlage wurden ebenfalls durch den von Deutschland ausgehenden Holocaust mitverursacht.<sup>1</sup> Der Kampf gegen Antisemitismus fordert in diesem Land die Vereinigung aller Kräfte. Leider wird der aber durch einen neuen Antisemitismus-Begriff und eine Debatte gestört, die von dieser wichtigen Aufgabe ablenkt, die Gemüter verwirrt und die falschen Gegner ins Visier nimmt.

### *BDS*

Um die Hintergründe dieser Debatte etwas auszuleuchten, müssen wir auf zwei Bündnisse näher eingehen, die in der deutschen Gesellschaft bisher kaum bekannt waren, inzwischen in der Öffentlichkeit aber eine besondere Prominenz gewonnen haben. Das erste Bündnis präsentiert sich unter dem Kürzel »BDS«. Die drei Buchstaben stehen für ein 2005 gegründetes Bündnis für Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen (Boycott, Divestment and Sanctions). Bei diesem Zusammenschluss von über 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft handelt es sich um eine Bewegung des gewaltlosen politischen Widerstands gegen die fortschreitende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch den israelischen Staat. Der Vorwurf richtet sich gegen den Bruch internationalen Rechts und der universalen Prinzipien der Menschenrechte im Rahmen der Siedlungs- und Besatzungspolitik.

Boykott und Sanktionen, wenn sie der aktuellen Demokratiebewegung in Belarus dienen, sind als politisches Druckmittel nicht weiter strittig. Im Fall von Israel gilt Boykott allerdings zu Recht als kontrovers, weil es ja

nicht nur um Waren, sondern auch um israelische Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und Sportlerinnen geht, die auf diese Weise von allgemeiner Partizipation ausgeschlossen werden. Das Bündnis wird aber auch von Solidaritätsgruppen und Prominenten unterstützt, sowie von Juden und jüdischen Organisationen. Der rechtliche Status des BDS ist noch nicht zweifelsfrei geklärt. Im Internet habe ich zwei Stellungnahmen zum BDS von mir bekannten und sehr respektierten Wissenschaftlern gefunden. Wolfgang Benz, ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismus-Forschung in Berlin, hält den BDS für »sehr unübersichtlich« und nicht für antisemitisch, sondern für eine »politische, israelkritische Bewegung«, was »Antisemiten aber nicht an der Teilnahme hindere«. Wer den BDS dagegen pauschal »als antisemitisch abstempelt«, habe »primär ein politisches Interesse – und kein Interesse an Aufklärung und Frieden«. Mein anderer Gewährsmann ist Moshe Zimmermann, Historiker an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seiner Meinung nach ist nicht jeder BDS-Unterstützer automatisch Antisemit und nicht jeder Boykotteur ein BDS-Anhänger. Er sieht in diesen Zuordnungen eine »Technik des Mundtotmachens« im Interesse der israelischen Regierung.<sup>2</sup>

In die deutschen Schlagzeilen geraten ist der BDS durch eine Resolution des Deutschen Bundestags mit der Forderung: »BDS-Bewegung entschlossen entgegnetreten – Antisemitismus bekämpfen«, die im Mai 2019 angenommen wurde.<sup>3</sup> Seither gilt in der öffentlichen Diskussion der Nachweis, dass eine Person direkten oder indirekten Kontakt zu diesem Netzwerk hat, als unmittelbar rufschädigend. Für diesen Tatbestand wurde inzwischen ein Begriff aus dem Lexikon des Stalinismus wiederaufgelegt: »Kontaktschuld«. Bereits der Nachweis einer indirekten Verbindung zum BDS gilt als kontaminierend. Viele Friedensgruppen und Kulturorganisationen lehnen den BDS ab, kommen aber nicht umhin, wenn sie sich für eine friedliche Zukunft für ein oder zwei Staaten und drei Religionen im Nahen Osten einsetzen, mit Gruppierungen zusammenarbeiten zu müssen, die dem BDS angehören. Die Resolution hat de facto zu einer Verhinderung, ja Kriminalisierung ihrer jahrzehntelangen Friedensaktivitäten geführt.

Zu den merkwürdigen Verwerfungen, die der BDS-Vorwurf inzwischen hervorgebracht hat, gehört der Frontalangriff auf eine Gruppe jüdisch-israelischer Studierender, die an der Hochschule Weißensee gerade ein Kunstprojekt mit dem Titel »Unlearning Zionism« erarbeiten. Mit dem Vorwurf der BDS-Nähe wurde diese Gruppe öffentlich als antisemitisch verurteilt und ihr die finanzielle Unterstützung entzogen. Das bedeutet im Klartext, dass inzwischen Jüdinnen und Juden aus Israel und der Schweiz, die in Deutschland eine kritische Position gegenüber der israelischen Regierung beziehen, mit rechtsradikalen Gruppen gleichgestellt und nun selbst Opfer eines Boykotts werden. Dabei gerieren sich Politikerinnen und Politiker verschiedener Richtungen als Sachwalter des »Jüdischen« im Sinn eines einheitlichen jüdischen Wollens. »Wie kann man unsere Arbeit in einem Atemzug mit Nazis nennen?«, fragte fassungslos eine Studentin der Gruppe, Yehudit Yinhar. Sie ist die Enkelin einer 1938 aus Berlin geflüchteten Jüdin.<sup>4</sup>

### *IHRA*

Um besser zu verstehen, warum sich das politische Klima in diesem Land gerade deutlich verschärft hat, muss hier noch ein weiteres Bündnis genannt werden. Es geht dabei um ein Bündnis von Staaten, das 1998 gegründet wurde und auf Einladung des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson am 27. Januar 2000 in Stockholm zum ersten Mal zu einem Internationalen Forum zusammenkam, um die Erinnerung an den Holocaust über die Schwelle des Millenniums zu tragen, sie für die Zukunft zu sichern und in den Mitgliedstaaten zu verankern. Dieses Bündnis nennt sich »International Holocaust Remembrance Alliance«, abgekürzt durch die vier Buchstaben IHRA. Zur IHRA gehören inzwischen 31 Mitgliedsländer, darunter neben den EU-Staaten auch Israel, die Vereinigten Staaten und Argentinien sowie Beobachterstaaten und Partnerorganisationen wie die UN und die UNESCO.<sup>5</sup>

Die Gründungsurkunde dieses Staatenbündnisses ist die »Stockholm Declaration«, die dessen Ziele in acht Punkten zusammenfasst. Dazu gehört die Einführung des 27. Januar als verpflichtendem Gedenktag, der seit 2005 auch für die Mitgliedstaaten der EU gilt und von den Vereinten Nationen eingeführt wurde. Weitere Punkte betreffen die Deklaration des Holocaust als Zivilisationsbruch in Europa und der Menschheitsgeschichte, den Auftrag einer transnationalen Erinnerungsgemeinschaft für das Gedenken an die Opfer und ihre Helfer, die Förderung von Aufklärung und Forschung über den Holocaust samt der Öffnung von Archiven und die Bekämpfung von Antisemitismus, um »die Saat einer besseren Zukunft in den Boden einer bitteren Vergangenheit [zu] streuen«.<sup>6</sup>

Was 2000 unterzeichnet wurde, war in gewissem Sinn eine praktische und politische Fortsetzung dessen, was 1986 in Westdeutschland mit dem Historikerstreit begann und 1999 mit der Entscheidung des deutschen Bundestags für ein zentrales Holocaustmahnmal fortgesetzt wurde. In Stockholm wurde aus einer öffentlichen Debatte unter Intellektuellen und einer nationalen kulturpolitischen Entscheidung eine transnationale Erinnerungsgemeinschaft. Seither treffen sich Vertreter der IHRA-Staaten jährlich in einem anderen Land und diskutieren die praktischen Fragen, die mit der Umsetzung der Holocaust-Erinnerungskultur in den unterschiedlichen politischen und kulturellen Milieus der einzelnen Mitgliedstaaten verbunden sind.

### *Die Entstehung einer neuen Antisemitismus-Definition*

Unter dem Eindruck der wachsenden Aktualität einer neuen Antisemitismusgefahr hat das Plenum der IHRA im Mai 2016 in Bukarest eine neue Antisemitismus-Definition beschlossen. Diese Definition hat einen Prozess eingeleitet, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Zunächst die Fakten. Die Bukarest-Definition wurde im September 2017 von der deutschen Bundesregierung übernommen, damals noch vertreten durch Innenminister Thomas De Maizière und Außenminister Sigmar Gabriel.